



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Stellungnahme zum Zuständigkeitsstreitwert bei äußerungsrechtlichen Streitigkeiten im digitalen Raum

Aktuell seit 26.06.2026 13:50:34

Angegeben von:

HateAid gGmbH (R001880) am 15.12.2025

Beschreibung:

Der Gesetzentwurf sieht vor, Veröffentlichungsstreitigkeiten unabhängig vom Streitwert den Landgerichten zuzuweisen (§ 71 Abs. 2 Nr. 7 GVG-E) sowie den Zuständigkeitsstreitwert der Amtsgerichte von EUR 5.000,00 auf EUR 10.000,00 anzuheben (§ 23 Nr. 1 GVG-E). Diese Änderungen betreffen unmittelbar die Möglichkeiten, mit denen Betroffene digitaler Gewalt ihre Rechte effektiv geltend machen können. HateAid erkennt Chancen für mehr Rechtssicherheit und konkrete Risiken für den Zugang zum Recht bei Streitigkeiten im digitalen Raum an. Zur Stärkung des Rechtsschutzes für Betroffene digitaler Gewalt empfiehlt HateAid: Hürden senken für einfach gelagerte Fälle, Spezialisierung der Gerichte, präzisere Abgrenzung zwischen Veröffentlichungsstreitigkeiten und Individualkommunikation.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1849 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zuständigkeitsstreitwerts der Amtsgerichte, zum Ausbau der Spezialisierung der Justiz in Zivilsachen sowie zur Änderung weiterer prozessualer Regelungen

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (1)

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (11)

[GVG \[alle RV hierzu\]](#)

[ZPO \[alle RV hierzu\]](#)

[SGG \[alle RV hierzu\]](#)

[VwGO \[alle RV hierzu\]](#)

[FGO \[alle RV hierzu\]](#)

[RVG \[alle RV hierzu\]](#)

[VSBG \[alle RV hierzu\]](#)

[VSInfoV \[alle RV hierzu\]](#)

[UKlaG \[alle RV hierzu\]](#)

[LuftSchlichtV \[alle RV hierzu\]](#)

[GNotKG \[alle RV hierzu\]](#)

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. [SG2512090011](#) (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.11.2025 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)